



Protokoll der 41. Sitzung des Quartiersbeirats im „Themengebiet Münzviertel“

am Donnerstag, 9. Oktober 2014

um 19 Uhr bis 21.30 Uhr

im "Treffpunkt Münzburg" der Alsterdorf Assistenz Ost, Münzweg 8

TAGESORDNUNG

TOP 1: Formalitäten (Begrüßung, Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Geschäftsordnung, Beiratsbesetzung)

TOP 2: Aktuelle (halbe) Stunde

TOP 3: Stand der Vorbereitung des „Wettbewerbsverfahrens zum Gelände der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte“

TOP 4: Ausblick – wie geht es weiter nach Abschluss der aktiven Phase der Gebietsförderung im Münzviertel durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

TOP 5: Verfügungsfonds

TOP 6: Verschiedenes/Termine

Sitzungsleitung: Michael Gobbert

Zu TOP 1: Beschlussfähigkeit, Tagesordnung, Protokoll, Geschäftsordnung

Michael Gobbert begrüßt als Vorsitzender die Anwesenden zur Sitzung. Der Quartiersbeirat ist mit 10 Stimmen beschlussfähig.

Es liegt eine neue Tagesordnung vor. Der bisherige TOP 3 „Senatskonzept Stromaufwärts an Elbe und Bille“ ist aus terminlichen Gründen abgesagt worden. Es gibt noch keinen neuen Termin für eine Vorstellung im Quartier. Das Konzept wird in Rahmen einer Stadtwerkstatt der Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt am 7.11.2014 vorgestellt und diskutiert.

Die Tagesordnung wird angenommen.

Das Protokoll der Beiratssitzung am 3. Juli 2014 wurde durch ein Versehen noch nicht von Frau Böcker an die Beiratsmitglieder versandt. Das Protokoll wird kurzfristig nachgereicht und bei der nächsten Sitzung zur Abstimmung aufgerufen.

Rückmeldungen aus dem WS-Ausschuss, Susanne Winch, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung

- Der WS-Ausschuss wurde über die neuen Besetzungen im Beirat und den Verfügungsfonds Antrag informiert.
- Darüber hinausgehend wurde der WS-Ausschuss über das Ergebnis der Abstimmungen zwischen Bezirksamt, Investor HBK und dem Quartier bzgl. der Auslobung des städtebaulichen Wettbewerbs für die Entwicklung des Gelände am Schultzweg (Schule für Hörgeschädigte) informiert. Alle Fraktionen haben vom Stand der Abstimmungen wohlwollend Kenntnis genommen. Mehr dazu s. TOP 3.

Zu TOP 2: Aktuelle (halbe) Stunde

Michel Chevalier berichtet von einem Zwischenfall in der letzten Woche. Nach einer öffentlich angekündigten Veranstaltung im seit kurzem offiziell zwischengenutzten ehemaligen Kita-Gebäude an der Norderstraße hätten nachts vier Polizisten mit Hund vom PK 11 auf dem Gelände bzw. auch im Haus eine Ausweiskontrolle bei Frau Raddatz, Herrn Meuer und Herrn Chevalier durchgeführt. Seit kurzem ist der Verein KuNaGe e.V. offiziell Zwischenmieter des Gebäudes. Darüber war das PK11 durch Herrn Meuer im Vorfeld informiert, so dass diese Kontrolle als bewusste Schikane empfunden werde. Herr Chevalier übergibt Frau Winch eine schriftliche Beschreibung des Vorfalls. Sie nimmt Kontakt mit dem PK 11 auf.

Spaldingstraße – wie geht es weiter

Nachdem das Bezirksamt Hamburg-Mitte nunmehr nicht auf dem Gelände der Hillgruber Häuser an der Spaldingstraße neu bauen und dorthin umsiedeln wird, stellt sich die Frage, was künftig mit dem Grundstück passieren wird. Frau Winch berichtet, dass das Grundstück verkauft werden solle und vermutlich auf der Immobilienmesse EXPO REAL in München angeboten werde. Die Gebäude werden abgerissen. Eine Abrissgenehmigung liege vor. Ein konkreter Abrisstermin sei noch nicht bekannt.

Stand des Pflanzkübelprojekts

Frau Thiel berichtet für das Werkhaus vom Stand des Pflanzkübel-Projektes, das aus dem Verfügungsfonds finanziert wird. Wie berichtet hatten sich die Paten zusammengeschlossen. Statt der zunächst vorgesehenen Plastikkübel sollten vier Pflanzkübel aus Holz vom Werkhaus hergestellt werden. Drei Kübel sind hergestellt. Der vierte Standort kommt zwischenzeitlich nicht mehr in Frage, weil hier ein Bauzaun aufgestellt wurde (Spaldingstraße). Stattdessen möchte das Herz As gerne einen Pflanzkübel übernehmen und die Herstellung, Aufstellung und Bepflanzung als Aktion mit Teilnehmern machen.

Der Quartiersbeirat befürwortet diese Entwicklung.

Leider liegt noch keine Genehmigung für die Aufstellung der Kübel seitens des Fachamts Management des öffentlichen Raums vor. Erde wird noch in diesem Jahr beschafft, damit die Verfügungsfondsmittel abgerechnet werden können.

Zwischennutzungen auf dem Gelände der Schule für Hörgeschädigte

Dem Quartiersbeirat liegt (per Email am 7.10.2014) eine Beschlussvorlage der Stadtteilinitiative vor: Solidaritätserklärung mit den friedlichen Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014 (s. Anlage in zwei Fassungen: 1. Wie vorgelegt, 2. Nach Überarbeitung).

Herr Meuer stellt die Inhalte vor. Im Wesentlichen wird die Hausbesetzung als logische Konsequenz des auf vielfältigen offiziellen Wegen ohne plausible Gründe gescheiterten Versuchs dargestellt, eine für die örtlichen Initiativen dringend benötigte Zwischennutzung im Kitagebäude auf dem Gelände der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte zu erreichen. Die Stadtteilinitiative würde es sehr begrüßen, wenn der Quartiersbeirat diese Erklärung unterstützt.

Der Stadtteilinitiative wird empfohlen, deutlicher herauszustellen, was mit der Empfehlung erreicht werden solle. Die Zwischennutzung ist zwischenzeitlich vereinbart. Was ist nun das Ziel eines Beiratsbeschlusses?

Herr Korndörfer weist darauf hin, dass sowohl Bezirkspolitik als auch Bezirksverwaltung sich immer für eine Zwischennutzung im Quartier eingesetzt haben. Dies gehe aus der Erklärung nicht hervor.

Frau Böcker hinterfragt die Beschreibung über Verzögerungen bei der Weiterleitung der Beiratsempfehlungen an den Ausschuss. In der Empfehlung komme die Vermutung einer bewussten Verzögerung des gesamten Vorgangs zum Ausdruck. Dies sei eine ihres Erachtens undifferenzierte, einseitige Darstellung.

Aus der Stadtteilinitiative wird geäußert, man könne sich angesichts der großen Schwierigkeiten und Hürden bei dem Bemühen um eine Zwischennutzung nicht mit einem „Ende gut-alles gut“ zufrieden geben. Die Besetzung sei auch symbolischer Natur gewesen. Es sei darum gegangen, ein Zeichen für das Gemeinwesen zu setzen. Rahel Puffert unterstützt, dass die langatmigen Prozesse, die der Besetzung vorausgegangen seien, dargestellt werden. Es müsse ggf. noch deutlicher werden, dass, nachdem die legitimen demokratischen Mittel nicht ausreichten als logische Konsequenz das Instrument der Besetzung gewählt wurde.

Herr Gobbert und Herr Haberlandt berichten, dass den Besetzern strafrechtliche Verfolgung drohe. Es drohten Geldstrafen, es entstünden Anwaltskosten etc aufgrund einer politisch notwendigen Aktion in einer ausweglosen Situation.

Der Quartiersbeirat unterstützt die Solidaritätserklärung mit der Bitte, dass folgende Punkte noch klarer dargestellt werden:

- Die Besetzung wird als logische Konsequenz dargestellt, nachdem der „Instanzenweg“ ausgeschöpft war.
- Der Beirat spricht sich für eine Straffreiheit für die Besetzer aus.

Abstimmung	Ja	Nein	Enthaltungen
Plenum (Meinungsbild)	15	0	1
Quartiersbeirat	10	0	1
Politik	1	0	1

TOP 4: Stand der Vorbereitung des „Wettbewerbsverfahrens zum Gelände der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte“

Herr Haberlandt stellt als Vertreter der Stadtteilinitiative eine Beschlussvorlage über eine Empfehlung im Zusammenhang mit dem „Wettbewerbsverfahren zum Gelände der ehemaligen Schule für Hörgeschädigte“ vor: Bürgerbeteiligung gescheitert? „Fördergebiet Münzviertel“ (RISE) Schlüsselprojekt: „Neubebauung ehemalige Schule für Hörgeschädigte Schultzweg“. (Vollständige Empfehlung im Anhang plus Vertrag Bündnis für das Wohnen s.u. <http://www.hamburg.de/bsu/buendnis-fuer-das-wohnen/>)



(Fotomontage von Michel Chevalier, die bei diesem TOP gezeigt wurde)

Mit dieser Empfehlung lehnt die Stadtteilinitiative das erreichte Abstimmungsergebnis zwischen Investor, Quartier und Bezirk ab und fordert den Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung auf, den derzeitigen Stand der Umsetzung des Schlüsselprojekts: „Neubebauung ehemalige Schule für Hörgeschädigte Schultzweg“ (Fördergebiet Münzviertel (RISE) als Konfliktfall zu benennen und die Senatskommission für Stadtteilentwicklung aufzufordern, von ihrem angedrohten Evokationsrecht (Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau) Gebrauch zu machen.

Den Austausch einleitend beschreiben zunächst die anwesenden Vertreter der Bezirkspolitik ihre Haltung zum Abstimmungsergebnis. Herr Korndörfer bewertet das erzielte Abstimmungsergebnis mit 60% öffentlich

gefördertem Wohnungsbau als sehr gut. Sicherlich sei das Ergebnis im frei finanzierten Bereich nicht optimal, aber akzeptabel, da insbesondere der Anteil der Studentenapartments reduziert werden konnte.

Herr Leinritz stellt fest, dass die Anhandgabe an den Investor ein Fehler gewesen sei. Ein anderer Investor würde möglicherweise ein ganz anderes Konzept vorlegen. Allerdings habe die HBK Zugeständnisse gemacht und es sei für ihn nicht nachvollziehbar, was es bringen könnte, wenn die Senatskommission nun darüber entscheiden würde. Dies käme einer „Selbstentmächtigung“ des Bezirks gleich.

Frau Winch stellt im Anschluss fest, dass manche Ausführungen in der Empfehlung nicht zutreffend dargestellt seien. So sei ausdrücklich vereinbart worden, die Einrichtung von Atelierwohnungen im verbleibenden Bestandsgebäude zu prüfen.

Herr Westphal betont, dass trotz allem nichts von dem realisiert werde, was das Gemeinwesen im Münzviertel darstelle. Beispielsweise seien trotz aller Bemühungen im freifinanzierten Bereich keine 4-Zimmerwohnungen für WGs vereinbart worden. Stattdessen zwar weniger Studentenapartments, aber dafür nur kleine Starterwohnungen.

Zudem beklagt Herr Westphal eine mangelnde Gesprächsbereitschaft der Politik. Die Stadtteilinitiative hatte Vertreter_innen der Fraktionen zu einem Gesprächsabend zum Thema eingeladen. Die SPD war mit Herrn Pickatz und die Linke mit Herrn Leinritz vertreten. Mit der Einladung war ein Fragebogen versandt worden, der von keiner Fraktion beantwortet wurde. Dazu bemerkt Herr Korndörfer, er könne sich nicht erinnern, dass bei einem anderen vergleichbaren Vorhaben so viel gesprochen worden sei. Zu diesem Termin sei sehr kurzfristig eingeladen worden, trotzdem sei jemand gekommen.

Im Gespräch wird festgestellt, das bisher erzielte Ergebnis sei alles, was mit diesem Investor erreicht werden könne. Im Falle einer Evokation habe der Bezirk Hamburg-Mitte weniger Einfluss auf die weitere Planung. Frau Winch betont, dass auf den städtebaulichen Wettbewerb noch viele weitere Schritte folgen, bei denen der Bezirk Einfluss ausüben könne. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung werde sich daher nicht für eine Evokation aussprechen.

Es bleibt die Feststellung aus dem Quartier, dass die Ziele des Münzviertels und die Arbeitsleistung, beispielsweise das Bemühen um Wohnprojekte für jugendliche Wohnungslose, nicht anerkannt werden. Es sei vielleicht nicht nichts erreicht worden. Es fehle aber die Gewissheit, dass sich das ganze Bemühen gelohnt habe.

Auf Nachfrage erläutert Frau Winch das weitere Verfahren. Das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung warte auf den überarbeiteten Auslobungstextentwurf. Dieser wird durch das Büro D&K, das den Wettbewerb im Auftrag des Investors betreut, erstellt. Nach einer Prüfung und ggf. notwendigen weiteren Abstimmung folgt die Behördenabstimmung. Hinweise aus dieser Abstimmung werden eingearbeitet, erst dann werden die Teilnehmer angeschrieben.

Die Stadtteilinitiative beschließt, die Vorlage der Empfehlung für heute erst einmal zurückzunehmen. Bei Bedarf könne eine Beschlussfassung per Email über raum + prozess organisiert werden.

TOP 4: Ausblick – wie geht es weiter nach Abschluss der aktiven Phase der Gebietsförderung im Münzviertel durch die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt

Frau Winch erläutert, dass sich die r Kommunalpolitik bemüht, aus dem eingerichteten gesamtstädtischen Quartiersfonds die Arbeit der Quartiersbeiräte auch nach der aktiven Förderphase zu unterstützen. Es geht um voraussichtlich 4-5 Sitzungen eines Quartiersbeirats im Jahr und einen kleineren Verfügungsfonds. Der Quartiersbeirat wäre weiterhin an das Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung sowie an den Ausschuss Wohnen und Stadtteilentwicklung angebunden.

Herr Korndörfer erläutert, dass noch keine Summen genannt werden könnten. Der Quartiersfonds soll für alle Beiräte in der Stadt von vier auf fünf Mio. € für zwei Jahre aufgestockt werden. Allerdings wird aus dem Quartiersfonds schon vieles anderes als Quartiersbeiräte bezahlt. Noch ist unklar, wie die Mittel auf die Bezirke verteilt werden. Herr Leinritz erwartet ein „Hauen und Stechen“ um die Mittel.

Frau Winch gibt zu bedenken, dass der Einsatz von Verfügungsmitteln auch eine ordentliche Verwaltung des Verfügungsfonds erfordert, die so extern organisiert werden könnte.

Herr Haberlandt bemerkt, dass das Münzviertel mit der Quartiersinitiative bereits eine Vertretung habe. Im Gespräch wird festgestellt, es müsse zunächst geklärt werden, welche Ziele das Quartier künftig verfolge. Welche Projekte seien noch auf den Weg zu bringen? Der bisherige Prozess müsse erst ausgewertet werden, so Frau Puffert, um eine Entscheidung treffen zu können. Frau Braun bemerkt, dass beispielsweise die noch anstehende Umgestaltung des Münzplatzes sehr stark von der Verwaltung abhängen. Es sei zu fragen, wo das Quartier überhaupt Entscheidungen bewegen könne.

Frau Böcker bietet an, zur Auswertung eine Übersicht über die bisherigen Projekte an den Beirat zu versenden. Auf der nächsten Sitzung sollte eine Empfehlung dazu verabschiedet werden.

Zu TOP 5: Verfügungsfonds

Für das Jahr 2014 hat die Behörde für Stadtentwicklung und Umwelt nunmehr den Verfügungsfonds über 5.000,00 € freigegeben. Nachdem bereits die Unterstützung für zwei Projekte (Straßenfest/Buchhaltung KuNaGe e.V.) vom Quartiersbeirat beschlossen worden ist, stehen noch 3.200,00 € zur Verfügung. Frau Böcker kündigt an, bei Bedarf auch vor der nächsten Sitzung einen Verfügungsfondsbeschluss über eine Abfrage per Doodle zu organisieren.

Zu TOP 6: Termine/Sonstiges

Die nächste Beiratssitzung findet statt am Donnerstag, 11.12.2014

Nachrichtlich: Das einjährige Bestehen des Werkhauses Münzviertel wird gefeiert am Donnerstag, 4.12.2014.

Protokoll: Mone Böcker, raum + prozess, in Abstimmung mit Frau Winch, Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung des Bezirks Hamburg-Mitte.

Geschäftsführung:

raum + prozess

kooperative planung und stadtentwicklung
moneböcker

Kontakt: MoneBöcker

Tel.: 040 - 39 80 37 91

Email: mail@raum-prozess.de

Veranstalter:

Bezirksamt Hamburg-Mitte

Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung

Kontakt: Susanne Winch

Tel.: 040 - 42854 – 3378

Email: susanne.winch@hamburg-mitte.hamburg.de

Anlage: Teilnehmerliste

Frau	Mone	Böcker	raum + prozess
Frau	Corinna	Braun	Passasge gGmbH, stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Michel	Chevalier	KuNaGe e.V.
Herr	Hans-Jürgen	Haberlandt	Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Christoph	Korndörfer	SPD, Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Steffen	Leipnitz	Die Linke, stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Julia	Maas	stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Peter	Meis	Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Manuel	Meuer	
Herr	Günter	Westphal	KuNaGe e.V., Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Susanne	Winch	Bezirk Hamburg-Mitte, Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung
Frau	Rahel	Puffert	Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Lisa	Vogel	Aaost, stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Michael	Gobbert	Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Andreas	Jahncke	
Frau	Heike	Schoon	Hoffnungsorte Hamburg, stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Sophie	Thiel	
Frau	Leonie	Miller	
Entschuldigt fehlende Beiratsmitglieder			
Herr	Kay Ole	Johannes	stv. Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Sabine	Rembold	BauArt Kunst und Kultur für Alle e.V., Mitglied des Quartiersbeirats
Frau	Randi	Schulze	SAGA, Mitglied des Quartiersbeirats
Herr	Volker	Von Garnier	Mitglied des Quartiersbeirats

1. Fassung der Vorlage

Empfehlungsvorlage für den Quartiersbeirat Münzviertel am 09.10.2014

vorgelegt von der Stadtteilinitiative Münzviertel

Solidaritätserklärung mit den friedlichen Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014

Begründung:

Der Versuch Zwischennutzungen in leerstehenden öffentlichen Gebäuden im Münzviertel zu erreichen hat eine jahrelange Tradition und dennoch konnte nie eine verwirklicht werden. Mitte des Jahres 2013 wurde ein erneuter Versuch unternommen.

Am 13.06.2013, 19.08.2013, 14.10.2013 und am 16.12.2013 wurde der Raumbedarf im Münzviertel im Quartiersbeirat Münzviertel thematisiert. Obwohl der Quartiersbeirat Münzviertel bereits im Anschluss an die Sitzung vom 19.08.2013 per Umlaufbeschluss seine Empfehlungen für Zwischennutzungen beschlossen hat, wurden diese nicht wie vorgesehen am 17.09.2013 in den Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung eingereicht. Diese Beschlüsse umfassten u. a. Gebäude der ehemaligen Schule und KITA am Schultzweg. Wegen eines Bürofehlers wurden diese am 17.12.2013 zum zweiten Mal nicht in den Ausschuss eingereicht und konnten wiederum nicht diskutiert werden. Gleichfalls wurde am 20.09.2013 eine Prüfung der Wiedereröffnung der Turnhalle am Schultzweg von der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschlossen.

Am 21.01.2014 unterstützte der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung die Empfehlungen des Quartiersbeirats für eine Zwischennutzung am Schultzweg parteiübergreifend und einstimmig. Zwei Tage später wurde im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte nochmals der grundsätzliche Umgang der Stadt mit leerstehenden Flächen thematisiert. Die Bezirksversammlung stimmt einstimmig und parteiübergreifend für eine Zwischennutzung durch das Quartier Münzviertel und beschließt zudem ihre Unterstützung, wenn es in den Quartieren gewünscht ist, ausdrücklich die Zwischennutzung von Freiflächen bis zu ihrer endgültigen Bebauung (Drucksache XX/4892).

Folgende Akteure haben sich zu diesem Zeitpunkt bereits dafür ausgesprochen, dass sie eine Zwischennutzung am Schultzweg unterstützen: Herrn von Stemm (HBK), der das Grundstück anhand bekommen hat (erstmalig am 16.12.2014 im Quartiersbeirat Münzviertel), Herr Mathe, Leiter vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, der Quartiersbeirat Münzviertel, die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung.

Nachdem der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) zunächst auf die Zuständigkeit der HBK verwiesen hat und damit auch die Abgeordneten der Bezirksversammlung bewusst täuschte wurde eine erneute telefonische Anfrage mit dem Verweis auf den zu hohen Aufwand für das Anschließen von Strom und Heizung untersagt. Diese Lüge, denn Strom und Wasser wurden nie abgestellt, wurde am 08.05.2014 beim Gespräch im Fachamt SL von der LIG erneut wiederholt und erst nach dem Hinweis auf eidestattliche Erklärungen, die das widerlegen, zurückgezogen.

Gegenüber dem Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung lehnt die LIG am 25.02.2014 eine Zwischennutzung ab. Dies wird zunächst nur mündlich mitgeteilt, obwohl der Verwaltungsakt durch den Umlaufbeschluss des Quartiersbeirats bereits im August eingeleitet wurde. Erst später wird dies

schriftlich unter Angabe fadenscheiniger Gründe abgelehnt: wegen anstehender Kampfmittelsondierungen (die bis heute nicht stattgefunden haben), Angst vor Vandalismus (das Beleben eines Gebäudes würde das doch gerade verhindern) und das der Parkplatz schon vermietet sei (die Kampfmittelsondierungen müssten doch dann auch als Argument angefügt werden, den Parkplatz nicht zu vermieten).

Bei dem Gespräch im Fachamt SL am 08.05.2014 wird beschlossen einen Ortstermin zu vereinbaren, um eine Zwischennutzung neu zu verhandeln. Auf eine Mail vom 12.05.2014 zur Vereinbarung eines Ortstermins reagiert der LIG nicht. Erst auf eine erneute Mail vom 21.06.2014 mit der Ankündigung die Zwischennutzung bei dem Gespräch zur Neubebauung am Schultzweg am 04.07.2014 erneut zu thematisieren reagiert der LIG und hat plötzlich keine Bedenken mehr gegen eine Zwischennutzung. Alle bisher vorgeschobenen Gründe spielen keine Rolle mehr. Der von der LIG als kostendeckend bezeichnete Mietzins von 6,95€ pro qm ist jedoch willkürlich gewählt und nicht akzeptabel bei einem Nebenkostenmietspiegel von 3,22€ pro qm in Hamburg. Auf eine Mail vom 30.06.2014, in der u. a. nach dem Zustandekommen des berechneten Mietzinses gefragt wird, reagiert der LIG zum wiederholten Male nicht. Beim Gespräch im Fachamt SL wird erneut beschlossen, dass die LIG mit dem Quartier einen Ortstermin vereinbaren soll.

Am 12.07.2014 wird die ehemalige Schule am Schultzweg friedlich besetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt ist kein Ortstermin mit der LIG zustande gekommen, obwohl ein solcher mehrfach von der Stadtteilinitiative angestrebt wurde. Selbst die schriftlich festgehaltenen Vereinbarungen im Fachamt SL wurden ignoriert (erstmal am 08.05.2014).

Empfehlung:

Deshalb ist die friedliche Besetzung der Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014 die konsequente und politisch logische Handlung aus dem bürger- und gemeinwesenfeindlichen Verhalten der Behörden. Obwohl es sich um ein leerstehendes öffentliches Gebäude handelt, dass dem Gemeinwesen gehört, wurde unter allen Umständen versucht eine Zwischennutzung für Gemeinwesenarbeit zu verhindern. Dabei wurden Anträge zurückgehalten, politische Gremien und Bürger_innen bewusst getäuscht, belogen und ignoriert. Der Quartiersbeirat Münzviertel solidarisiert sich deshalb ausdrücklich mit den Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014.

2. Fassung nach Überarbeitung

Empfehlungsvorlage für den Quartiersbeirat Münzviertel am 09.10.2014

vorgelegt von der Stadtteilinitiative Münzviertel

Solidaritätserklärung mit den friedlichen Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014

Begründung:

Der Versuch Zwischennutzungen in leerstehenden öffentlichen Gebäuden im Münzviertel zu erreichen hat eine jahrelange Tradition und dennoch konnte nie eine verwirklicht werden. Mitte des Jahres 2013 wurde ein erneuter Versuch unternommen.

Am 13.06.2013, 19.08.2013, 14.10.2013 und am 16.12.2013 wurde der Raumbedarf im Münzviertel im Quartiersbeirat Münzviertel thematisiert. Obwohl der Quartiersbeirat Münzviertel bereits im Anschluss an die Sitzung vom 19.08.2013 per Umlaufbeschluss seine Empfehlungen für Zwischennutzungen beschlossen hat, wurden diese nicht wie vorgesehen am 17.09.2013 in den Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung eingereicht. Diese Beschlüsse umfassten u. a. Gebäude der ehemaligen Schule und KITA am Schultzweg. Wegen eines Bürofehlers wurden diese am 17.12.2013 zum zweiten Mal nicht in den Ausschuss eingereicht und konnten wiederum nicht diskutiert werden. Gleichfalls wurde am 20.09.2013 eine Prüfung der Wiedereröffnung der Turnhalle am Schultzweg von der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte beschlossen.

Am 21.01.2014 unterstützte der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung die Empfehlungen des Quartiersbeirats für eine Zwischennutzung am Schultzweg parteiübergreifend und einstimmig. Zwei Tage später wurde im Hauptausschuss der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte nochmals der grundsätzliche Umgang der Stadt mit leerstehenden Flächen thematisiert. Die Bezirksversammlung stimmt einstimmig und parteiübergreifend für eine Zwischennutzung durch das Quartier Münzviertel und beschließt zudem ihre Unterstützung, wenn es in den Quartieren gewünscht ist, ausdrücklich die Zwischennutzung von Freiflächen bis zu ihrer endgültigen Bebauung (Drucksache XX/4892).

Folgende Akteure haben sich zu diesem Zeitpunkt bereits dafür ausgesprochen, dass sie eine Zwischennutzung am Schultzweg unterstützen: Herrn von Stemm (HBK), der das Grundstück anhand bekommen hat (erstmalig am 16.12.2014 im Quartiersbeirat Münzviertel), Herr Mathe, Leiter vom Fachamt Stadt- und Landschaftsplanung, der Quartiersbeirat Münzviertel, die Bezirksversammlung Hamburg-Mitte und der Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung.

Nachdem der Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) zunächst auf die Zuständigkeit der HBK verwiesen hat und damit auch die Abgeordneten der Bezirksversammlung bewusst täuschte wurde eine erneute telefonische Anfrage mit dem Verweis auf den zu hohen Aufwand für das Anschließen von Strom und Heizung untersagt. Diese Lüge, denn Strom und Wasser wurden nie abgestellt, wurde am 08.05.2014 beim Gespräch im Fachamt SL von der LIG erneut wiederholt und erst nach dem Hinweis auf eidestattliche Erklärungen, die das widerlegen, zurückgezogen.

Gegenüber dem Ausschuss für Wohnen und Stadtteilentwicklung lehnt die LIG am 25.02.2014 eine Zwischennutzung ab. Dies wird zunächst nur mündlich mitgeteilt, obwohl der Verwaltungsakt durch den Umlaufbeschluss des Quartiersbeirats bereits im August eingeleitet wurde. Erst später wird dies

schriftlich unter Angabe fadenscheiniger Gründe abgelehnt: wegen anstehender Kampfmittelsondierungen (die bis heute nicht stattgefunden haben), Angst vor Vandalismus (das Beleben eines Gebäudes würde das doch gerade verhindern) und das der Parkplatz schon vermietet sei (die Kampfmittelsondierungen müssten doch dann auch als Argument angefügt werden, den Parkplatz nicht zu vermieten).

Bei dem Gespräch im Fachamt SL am 08.05.2014 wird beschlossen einen Ortstermin zu vereinbaren, um eine Zwischennutzung neu zu verhandeln. Auf eine Mail vom 12.05.2014 zur Vereinbarung eines Ortstermins reagiert der LIG nicht. Erst auf eine erneute Mail vom 21.06.2014 mit der Ankündigung die Zwischennutzung bei dem Gespräch zur Neubebauung am Schultzweg am 04.07.2014 erneut zu thematisieren reagiert der LIG und hat plötzlich keine Bedenken mehr gegen eine Zwischennutzung. Alle bisher vorgeschobenen Gründe spielen keine Rolle mehr. Der von der LIG als kostendeckend bezeichnete Mietzins von 6,95€ pro qm ist jedoch willkürlich gewählt und nicht akzeptabel bei einem Nebenkostenmietspiegel von 3,22€ pro qm in Hamburg. Auf eine Mail vom 30.06.2014, in der u. a. nach dem Zustandekommen des berechneten Mietzinses gefragt wird, reagiert der LIG zum wiederholten Male nicht. Beim Gespräch im Fachamt SL wird erneut beschlossen, dass die LIG mit dem Quartier einen Ortstermin vereinbaren soll.

Am 12.07.2014 wird die ehemalige Schule am Schultzweg friedlich besetzt. Bis zu diesem Zeitpunkt ist kein Ortstermin mit der LIG zustande gekommen, obwohl ein solcher mehrfach von der Stadtteilinitiative angestrebt wurde. Selbst die schriftlich festgehaltenen Vereinbarungen im Fachamt SL wurden ignoriert (erstmalig am 08.05.2014).

Empfehlung:

Die Mittel auf dem formellen Weg eine Zwischennutzung für das Quartier Münzviertel zu erreichen waren wieder einmal ausgeschöpft und blieben erfolglos. Deshalb ist die friedliche Besetzung der Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014 die konsequente und politische Handlung aus dem bürger- und gemeinwesenfeindlichen Verhalten der Behörden. Obwohl es sich um ein leerstehendes öffentliches Gebäude handelt, das dem Gemeinwesen gehört, wurde dabei vom Landesbetrieb Immobilienmanagement und Grundvermögen (LIG) unter allen Umständen versucht eine Zwischennutzung für Gemeinwesenarbeit zu verhindern. Dabei wurden Anträge zurückgehalten, politische Gremien und Bürger_innen bewusst getäuscht, belogen und ignoriert. Der Quartiersbeirat Münzviertel solidarisiert sich deshalb ausdrücklich mit den Besetzer_innen der ehemaligen Gehörlosenschule am Schultzweg vom 12.07.2014 und fordert Straffreiheit.

Empfehlungsvorlage für die Quartiersbeiratsitzung Münzviertel am 9.10.2014

Bürgerbeteiligung gescheitert?

„Fördergebiet Münzviertel“ (RISE) Schlüsselprojekt: „Neubebauung ehemalige Schule für Hörgeschädigte Schultzweg“

Mit dieser Empfehlung bezieht sich der Quartiersbeirat Münzviertel auf die Arbeitstreffen im Fachamt für Stadt- und Landschaftsplanung Hamburg-Mitte (SL) zwischen Vertreter_innen der Bezirkspolitik (SPD, CDU, Grüne und die Linke), Vertreter_innen der Fachbehörden (BSU, LIG), HBK und Quartiersbeiratdelegierten_innen am 25.2.14 und 14.7.14 sowie auf dem Ergebnisvermerk des Fachamtes SL v. 20.8.14 über das Arbeitstreffen v. 11.8.14.

Des Weiteren bezieht sich der Quartiersbeirat auf seine Empfehlungen an den W/S Ausschuss v. 24.5.12, 14.10.13, 17.4.14 sowie der Präsentation des Wettbewerbsverfahrens durch die HBK während der Quartiersbeiratsitzung am 16.12.13 sowie auf die Drucksache -Nr. 21-0205 des Bezirksamt Hamburg-Mitte Bezirksversammlung W/S Ausschuss v. 24.9.14, dem Arbeitstreffen: Sonderwohnformen v. 22.8.14 im Fachamt SL und dem „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“ zwischen Senat und den Bezirken v. 4.7.11.

Die finalen Ergebnisse und Vereinbarungen des Arbeitstreffen v.11.8.14 ist für den Quartiersbeirat aus mehreren Gründen nicht hinnehmbar:

1. Die Ergebnisse sind unter Androhung der Evokation durch die Senatskommission für Stadtteilentwicklung entstanden.
2. Obwohl der von den Beiratdelegierten_innen in mehreren Arbeitstreffen erarbeitete Wohnungsmix im frei finanzierten wie im öffentlich geförderten Wohnungsbau von den Beiratdelegierten_innen am 25.2.14 und 11.8.14 vorgetragen wurde, fand dieser wegen des eng gesetzten Zeitfensters von 1/2 Stunden weder bei der HBK noch bei den Vertreter_innen der Kommunalpolitik einen diskursiven Rückhalt. Ergebnis dieser Unterlassung war am 11.8.14 die kommentarlos Übernahme des von der HBK vorgetragenen Wohnungsmix seitens aller Vertreter_innen der Bezirkspolitik.
3. Zwar wurde der von der Bezirkspolitik und SL begrüßte HBK Wohnungsmix im Bereich der öffentlich geförderte Wohnraum von 50 % auf 60 % erhöht und dementsprechend von 50 % auf 40 % im frei finanzierten Bereich verringert, jedoch wurde der HBK eine Erhöhung der gesetzten 18.500 m² BGF in unbenannter Höhe zugestanden, wenn sich aus den städtebaulichen Wettbewergergebnissen eine Erhöhung der Gesamt - BGF ergibt.
4. Darüber hinaus findet die vom Quartiersbeirat im öffentlich geförderten Wohnungsbau geforderten Sonderwohnformen innerhalb des HBK Wohnungsmix keine Berücksichtigung. Wohnungen für Asylbewerber_innen, obdachlose Jugendliche und Atelierwohnungen bleiben innerhalb des HBK Wohnungsmix außen vor. Vielmehr wurde am 22.8.14 während des Arbeitstreffens: Sonderwohnformen von der HBK vorgeschlagen, das Wohnprojekt für obdachlose Jugendliche an anderer Stelle im Quartier zu errichten, um potentielle Mieter_innen und Investor_innen nicht abzuschrecken.
5. Mehrere Gesprächstermine zwischen der HBK und Quartiersbeiratdelegierten_innen fanden statt, um eine Baugemeinschaft in den Auslobungstext mit aufzunehmen. Stieß diese Idee bei der HBK anfangs auf starke Ablehnung, änderte die HBK während der

Arbeitstreffen diese Ablehnung und verkaufte diese Abkehrung als ein Entgegenkommen gegenüber dem Quartier. Allerdings entpuppte sich diese Abkehrung als Luftnummer, da sich am 11.8.14 herausstellte, dass die Aufnahme von Baugemeinschaften sowie die Atelierwohnungen für Künstler_innen Bestandteil des Anhandgabevereinbarung zwischen HBK und LIG sind.

6. Die gleiche Luftnummer ergibt sich beim Vergleich des frei finanzierten Wohnungsbaus. Am 16.12.13 präsentierte die HBK den 50% frei finanzierten Anteil des gesamten Bauvorhabens bei 18.500 m² BGF als reines studentisches Wohnen. Zwar verminderte am 11.8.14 die HBK den frei finanzierten Anteil auf 40 %. Geblieben sind wiederum nur kleine 1-Zi bis 2-Zi- Wohnungen für Studenten, Auszubildende und sogenannte Starterwohnungen für kurzzeitiges Wohnen, welche sich diametral querstellen zu einem Identität stiftenden langfristigen Wohnen im Münzviertel.
7. Bis zum heutigen Datum gibt es trotz Absprache vom 11.8.14 seitens der HBK keine rechtlich verbindliche Zusage für eine vom Quartier gewünschte Zeitoption bis zum Ende der Anhandgabe Mai 2015 zur Überprüfung einer Projektentwicklung zur Anmietung ggf. Kauf von Räumen als Sozio-kulturelles Zentrum im alten Schulgebäude.
8. Wie wichtig eine solche verbindliche Vereinbarung ist, ist der Tatsache geschuldet, dass der von der HBK am 11.8.12 genannte Mietpreis von 2,00 € netto kalt plus Neben- und Betriebskosten mit ca. 3,00 - 3,50 € bei der Nichtrealisierbarkeit der Ankäufe der Räume bereits am 22.8.14 während des Arbeitstreffens: Sonderwohnformen von der HBK wieder in Abrede gestellt wurde. Ein neuer Mietpreis ist von der HBK bis zum heutigen Datum nicht benannt worden.

Diese Anmerkungen sowie die grundsätzliche Ablehnung des Verkaufs des städtischen Grundstückes an Privatinvestoren durch den Quartiersbeirat (Empfehlungen v. 25.5.12 und 14.10.13) vorangestellt empfiehlt der Quartiersbeirat dem W/S Ausschuss den derzeitigen Ergebnisstand der Umsetzung des Schlüsselprojekts: „Neubau ehemalige Schule für Hörgeschädigte Schultzweg“ (Fördergebiet Münzviertel (RISE) als Konfliktfall zu benennen und die Senatskommission für Stadtteilentwicklung aufzufordern, von ihrem angedrohten Evokationsrecht (Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau) Gebrauch zu machen.

Begründung:

Es ist während der vergangenen neun Monaten trotz intensiven Bemühens seitens der Quartiersbeiratdelegierten_innen nicht gelungen, ein im Sinne der integrierte Stadtteilentwicklung (RISE) partizipatorisches Vertrauensverhältnis weder zur HBK, noch zur Bezirkspolitik und zur städtischen Grundstückseigentümerin herzustellen.

Unüberbrückbar erscheinen dem Quartiersbeirat die fundamentalen Widersprüche zwischen den von reinem finanziellem Profit gesteuerten Interessen der HBK: <http://www.hbk-immo.de/#!muenzstrasse/> sowie der Grundstückseigentümerin (Höchstgebotsverfahren) einerseits und andererseits dem nachhaltigen gemeinwesenorientierten Selbstverständnis des Quartierbeirates.

Darüber hinaus erhofft sich der Quartiersbeirat durch die Konfliktbenennung eine Klärung des unscharfen Begriffs der „angemessenen Bürgerbeteiligung“ (wer bestimmt, was angemessen ist?), wie dieser im „Vertrag für Hamburg – Wohnungsneubau“ festgehalten ist.